
Schwerpunkte deutscher Verteidigungspolitik

1. Grundsätze

Eine ethisch ausgerichtete deutsche Verteidigungspolitik muss zunächst die Ausgangslage zur Kenntnis nehmen, dass Deutschland sich offen oder heimlich zahlreichen rechtlich und/oder politisch fragwürdigen bis hin zu offen rechtswidrigen Militärmaßnahmen im Rahmen seiner Außenpolitik angeschlossen hat, deren Fortsetzung keine Lösung der aktuellen Probleme darstellt. Das gültige „Verteidigungsweißbuch“ ist weitgehend neu zu fassen. Der nicht-souveräne Zustand Deutschlands im Zusammenhang mit dem immer noch fehlenden Friedensvertrag macht eine völkerrechtsgemäße deutsche Verteidigungspolitik, die diesen Namen verdient, im Prinzip unmöglich und führt zu einer internationalen Erpressbarkeit jeder Bundesregierung, sich an rechtswidrigen Aggressionskriegen zu beteiligen. Deshalb muss bei der jetzigen Lage ausdrücklich von einer sicherheitsgefährdenden Politik gesprochen werden, wenn nicht direkt von Hochverratspolitik. Alle fremden Truppen verlassen Deutschland, betroffene Gemeinden erhalten Übergangshilfe. Im Einklang mit einer neuen Außenpolitik ist daher jede militärische Aktivität im Rahmen des Völkerrechts, im Sinne des Friedens, der Rechtlichkeit sowie der neuen Grundsätze der Ethik und Fairness, der allseitig guten nachbarschaftlichen Beziehungen und der grundsätzlichen Bereitschaft und des Einsatzes für gute Beziehungen und Freundschaft mit allen Völkern der Welt: neu zu überdenken, zu bewerten und gegebenenfalls mit entsprechenden Maßnahmen zu korrigieren oder neu auszurichten. Auslandseinsätze bedürfen stets einer Volksabstimmung! Grundsätzliche Bedeutung haben hier die guten und in Jahrzehnten erfolgreich gewachsenen internationalen Beziehungen zu Frankreich und den USA sowie Großbritannien; neue und gleich hohe Bedeutung müssen erlangen die Beziehungen zu Russland und Polen. Nach dem Willen der Deutschen Mitte wird Deutschland nicht nur an keiner militärischen Aktion teilnehmen, die sich gegen unseren russischen Nachbarn in Europa richtet, Deutschland wird sich darüber hinaus jeder direkten und indirekten Unterstützung solcher militärischer Aktionen enthalten und zusätzlich mit allen friedlichen Mitteln versuchen, eine solche Konfrontation schon im Entstehen zu verhindern. Europa kann nur gewaltfrei, fair und gerecht, gemeinschaftlich und freundschaftlich blühen. Der ernsthafte Versuch, diese Politik in jedem Regierungsressort nachhaltig umzusetzen, erleichtert es Deutschland weltweit, vertrauensvolle Beziehungen zu verstärken. Glaubwürdigkeit wächst im Inland und in der Nachbarschaft. Krieg ist kein Mittel der Politik! Ethische Politik bleibt wehrhaft! Es gibt zum jetzigen welthistorischen Zeitpunkt kaum eine größere Herausforderung als ethische Politik. Diese Politik bedarf des Schutzes mehr als andere politische Ausrichtungen. Diesem besonderen Anforderungsprofil muss eine ethische Verteidigungspolitik deshalb auch in besonderem Maße Rechnung tragen – insbesondere auch im Bereich des Geoengineering, das bereits gegen Bevölkerungen eingesetzt wird.

2. Strategie

2.1 International

Jede neue Verteidigungsstrategie muss eine Reihe Grundbedingungen erfüllen:

- Einberechnen, dass eine Macht auf diesem Globus eine "Full Spectrum Dominance"-Strategie hat, also über die gesamte Bandbreite militärischer und nicht-militärischer Fähigkeiten eine Führungs- und Beherrschungsrolle beansprucht. Die neue Strategie muss also realistisch sein.
- Dafür sorgen, dass eine neue Strategie derjenigen Staaten und Völker, die sich von der genannten Macht nicht beherrschen lassen wollen, ihren Bürgern keine oder nur eine sehr geringe Erhöhung der bisherigen Verteidigungslasten zumutet. Ein globaler Rüstungswettlauf wird unnötig. Dieses Ziel erscheint nur dann erreichbar, wenn die neue Strategie effizient ist – und das kann sie nur werden, wenn sie gemeinschaftlich von mehreren Völkern organisiert wird.

Diese neue Strategie wird als "Full Spectrum Defense" bezeichnet, die zur Abschreckung von Angriffen ausreichende Verteidigungsfähigkeit im gesamten Spektrum der Fähigkeiten/Waffen: Jedes Volk kann auf möglichst vielen Gebieten so viel Verteidigungsfähigkeit erwerben, dass jeder Angriff, mit welcher Waffe auch immer, für den Angreifer zu teuer wird – gemessen am möglichen Gewinn. Verteidigungsfähigkeiten, in denen ein Volk keine oder nicht genügend Verteidigungskraft aufbringt, werden in der Gemeinschaft mit anderen Völkern vertraglich abgesichert und damit erreicht. Die Gemeinschaft dieser Staaten ist dem Angreifer in der Summe aller Fähigkeiten geringfügig überlegen – erwirbt also ihrerseits keine Grundlage für irgendeinen neuen Beherrschungsanspruch.

- klare ethische Grundausrichtung: Eine neue gemeinschaftliche Verteidigungsstrategie lässt sich unter souveränen Staaten und Völkern nur dann erfolgreich schaffen und umsetzen, wenn darin bestimmte ethische Grundsätze bindend für alle verankert sind. Die ethischen Grundlagen der neuen Verteidigungsstrategie müssen deshalb zusätzlich zu einer strukturellen Nichtangriffsfähigkeit mindestens enthalten:
 - o ein ethisches Staatsverständnis: Verfasste Staatlichkeit erhält ihre Daseinsberechtigung aus dem Dienst, den sie allen Bürgern fair und gerecht leistet, beispielsweise auch in der Bewahrung kultureller Werte oder Pflege gemeinschaftsfreundlicher religiöser Überzeugungen. Bemessungsgrundlage für die Qualität von Staatlichkeit sind Glück und Zufriedenheit seiner Bürger. Sozialer Ausgleich, laufendes Mitspracherecht nicht nur bei Wahlen und vor allem ethische Gesamtausrichtung aller Politik am Ziel der gemeinschaftlichen Bewahrung der Schöpfung sind dafür unerlässlich. Nur Staaten, die sich ethisch verhalten, haben das moralische Recht erworben, Dienste ihrer Völker und einzelner Menschen zu beanspruchen, zum Beispiel in den Streitkräften unter Einsatz des Lebens.

- Die inzwischen erreichte globale Herrschaft mafiös strukturierter und global vernetzter Konzernkartelle, die sich der Staaten, ihrer Regierungen und Steuerzahler, nur noch bedienen und diese wie Schachfiguren verschieben oder auch direkt gesundheitlich, im Bildungsbereich und sozial vielfältig und akut schädigen – diese ist mit einem ethischen Staatsverständnis nicht vereinbar. Zur ersten Anforderung des Realismus gehört daher zwingend die Erkenntnis, dass die eingangs erwähnte "Full Spectrum Dominance"-Strategie bereits das Ergebnis dieser Mafia-Herrschaft ist, die sich des mächtigsten Staates bedient und jederzeit bereit erscheint, sich anderer Staaten parallel und/oder exklusiv zu bemächtigen, wenn die bisherige Führungsmacht versagt. Diesem brandgefährlichen Verfahren kann nur das Gegenmodell der effizienten Gemeinschaftlichkeit grundlegend und nachhaltig entgegenwirken und schließlich Einhalt gebieten. Der Treffsicherheit einer neuen Verteidigungsstrategie dient die Priorisierung verschiedener Branchenkartelle nach ihrer gesellschaftlichen Zerstörungskraft: Hier ist mit einem Abstand zu allen folgenden Listenplätzen die globale Finanzmafia zu nennen, die sich entscheidend abstützt auf das System von Zins und Zinseszins sowie auf die private Geldschöpfung: Schuldgeld. Diese Grundübel sind schrittweise und international abgesprochen zu bereinigen. Weitere Branchenkartelle werden, nach dem Grad ihrer sozialen Schädlichkeit priorisiert, in den Bereichen Medien, Energie, Rüstung und Pharma/Gesundheit/Chemie/Ernährung festgestellt.

- ein Prinzip nachbarschaftlicher Gemeinschaft bei allen Entscheidungen, die vorhandene Streitfälle oder die Organisation der neuen Verteidigungsgemeinschaft betreffen. An mehreren Brennpunkten der Welt, nicht nur bei Palästinensern, Kaschmiris und Kurden, gibt es Streitfälle, die mehrere Völker betreffen. Diese Streitfälle müssen grundsätzlich stets friedlich und nachbarschaftlich ausschließlich durch die direkt betroffenen Staaten und Völker bearbeitet werden. Einmischungen globaler Großmächte bessern die Lage nur selten, verletzen jedoch meistens mehrere Prinzipien dieser neuen Strategie gleichzeitig. Auch außerhalb der Lösungsmodelle für Streitfälle innerhalb der neuen Verteidigungsgemeinschaft gibt es mögliche Meinungsverschiedenheiten über Leistungsbeiträge zu eben dieser gemeinschaftlichen Verteidigung. Grundsätzlich gilt jedoch stets: Alle Fragen sind im Sinne und zum Nutzen aller direkt betroffenen Menschen zu klären, nicht in erster Linie im Sinne der betroffenen Staaten. Denn die Staaten haben lediglich dienende Rollen. Und: Machtverhältnisse dürfen keine bestimmende Rolle bei Entscheidungen nach Recht und Fairness spielen.

Alle Politik muss in der Bewahrung der Schöpfung stets allen Menschen dienen. Dieser Globus kann alle seine Probleme nur friedlich, gemeinschaftlich und konstruktiv lösen – oder er wird scheitern. In der Verteidigungspolitik könnten solche Staaten, die sich ethischer Politik dauerhaft verweigern, unter Umständen

eine Verschlechterung der militärischen Zusammenarbeit gewärtigen müssen, während andere, die eine lange Tradition ethischer, friedlicher Politik pflegen, mit Verbesserungen rechnen können.

Gerade ethisch ausgerichtete Staaten können auf eine leistungsfähige Rüstungsindustrie nicht verzichten. Im beschriebenen Sinne wird jedoch auch die bisherige Rüstungsexportpolitik neu zu bewerten sein und das Exportverbot bei Staaten in Krisengebieten oder mit deutlich unethischem Verhalten nach innen und außen stärker durchzusetzen.

2.2 National

In Zeiten, in denen hoch korrumpierte Regierungen buchstäblich gegen ihre Völker regieren, einschließlich Terrormanagement, von Interessenverrat ganz zu schweigen, in Zeiten, in denen Staaten nicht zögern, ganze Wirtschaftsbranchen gegen ihre Regierungen aufzuwiegeln, indem deren Führungskräfte bestochen werden, ist Verteidigung ein außerordentlich komplexes Thema geworden, weil auch im Inland ganz neue Bedrohungen entstehen.

2.2.1 Neu: Nationalgarde: „Bürgerwehr“

Dem Bundespräsidenten wird zum Schutz vor Putschversuchen und „Regime Change“-Bedrohungen sowie bei Gefahren wegen einer drohenden und aus dem Ausland unterstützten Abkehr von den ethischen Prinzipien eine 50.000 Mann umfassende Sondereinheit, die Bürgerwehr, unterstellt, die nur mit Zustimmung des Deutschen Städtetages und örtlicher Bürgerkomitees in Verfahren eingesetzt wird, die denen des Parlamentsvorbehaltes des Bundestages ähneln, der hier selbstverständlich ebenfalls gilt. Diese Sondereinheit erhält Sondergenehmigung zum Einsatz im Innern. Ihr Personal ist deshalb aus sozial besonders geeigneten und ausgebildeten Kräften zu wählen, die den Dialog mit den Bürgern suchen und führen sowie mit den neuen bürgernahen Polizeikräften zusammenarbeiten können. Näheres regelt ein neues Bundesgesetz – einschließlich des Rechts auf Widerstand. Bei Vorliegen politischer Einsatzgründe muss ausnahmslos in einem geeigneten kurzen Zeitrahmen eine Volksbefragung durchgeführt werden. Auch hierdurch wird den vielfältigen Erfahrungen Rechnung getragen, die aus erfolgreichen US-gesteuerten Umstürzen der vergangenen Jahrzehnte gewonnen wurden. Ein industriell hoch entwickeltes Land wie Deutschland ist hier zwangsläufig auch besonders hoch gefährdet. Die Gewährleistung von Ruhe und Ordnung bei der Durchführung rettender Reformen für ethische Politik im Sinne von Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität unter Zurückdrängung des gewaltigen Einflusses global vernetzter und mafiotisch strukturierter Konzernkartelle zum Wohl der gesamten Bevölkerung erhält damit die notwendige hohe Priorität.

2.2.2 Umfassende Reformen

Im nationalen Kontext sind die Gewichtungen neu zu überdenken. Grundlegend erscheinen dabei:

- Wie kaum eine andere Armee weltweit ist die Bundeswehr durch das Prinzip der „Inneren Führung“, das die Gewissensfreiheit eines jeden Soldaten festschreibt, befähigt, als Armee eines ethisch ausgerichteten Staatswesens zu dienen. Jedoch hat dieses Prinzip in den letzten Jahrzehnten durch die Neuausrichtung der Bundeswehr im Sinne der Einsätze außerhalb des Nato-Verteidigungsgebietes und anderer zum Teil geheimer Abenteuer eindeutig stark gelitten. Unter diesen Umständen kehrt die Deutsche Mitte hier zu den bewährten Grundsätzen zurück. Dies bringt auch in der Personalpolitik eine neue Ausrichtung mit sich: Wurden bisher Dienstkarrieren durch verschiedene fragwürdige Einsätze, zum Teil außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung oder gar heimlich durchgeführte, gefördert, wächst jetzt die Ranghöhe des Beurteilungskriteriums der ethischen Standfestigkeit der Soldaten wieder stärker an. Hier gilt besonderes Fingerspitzengefühl und detaillierte Sachkenntnis, um nicht den gerade auch in einem ethisch ausgerichteten Staat benötigten Einsatzwillen seiner Armee zu gefährden, andererseits jedoch neuere, abenteuerliche Mentalitäten angemessen zurückzudrängen.
- Das Konzept einer reinen Berufsarmee ist mit ethischer Politik und erweiterter bürgerlicher Mitsprache an den Entscheidungen nur schwer vereinbar. Die Reformen der letzten Jahre werden deshalb behutsam zurückgenommen, der „Bürger in Uniform“ wird wieder Leitbild der Bundeswehr und ihrer Soldaten; im Rahmen einer Grundreform der Bundeswehr werden Wehrdienstleistende, die sich im Rahmen des für alle jungen Deutschen einzuführenden „sozialen Jahres“ für die Bundeswehr entscheiden, eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Auch an dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass an eine Wehrpflicht im herkömmlichen Sinne nicht gedacht ist, vielmehr soll die Entscheidung für den Dienst an der Waffe freiwillig und in mehrfacher Hinsicht attraktiv sein, auch durch Ausbildung in Konfliktbewältigung im Sinne eines Friedenskorp.
- Frauen in der Bundeswehr sind und bleiben grundsätzlich gleichberechtigt und willkommen. Jedoch wird dieses Konzept nicht mehr besonders gefördert. Frauen und Männer genießen aus der Sicht der Deutschen Mitte überall Gleichberechtigung – diese wird jedoch nicht mit Gleichmacherei verwechselt. Es wird daher Truppengattungen und Verwendungsbereiche geben, in denen der Anteil der Soldatinnen abgebaut wird. Hier wird vor jeder Reform umfassend geprüft und offen entschieden. Gerade die Anliegen der betroffenen Soldatinnen erhalten hier besonderes Gewicht.
- Ethische Politik sah sich in der Vergangenheit immer wieder besonderen Herausforderungen durch Einmischungen von außen und

antidemokratische Einflusspolitik von innen ausgesetzt. Die Deutsche Mitte steht in besonderem Maße zu einem strikten Verbot des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren – wie bisher: mit Ausnahme von Katastrophenfällen oder Terroranschlägen mit hohem Risiko für hohe Verluste an Menschenleben oder deren Gefährdung.

Unterdrückungsszenarien wie im EU-Vertragswerk von Lissabon werden abgelehnt und nicht nur nicht mehr unterstützt, deren Durchführung oder Durchsetzung wird nach Möglichkeit unterbunden.

Jedoch erscheint es unerlässlich, für äußerste Notfälle auch die Bundeswehr in Planungen einzubeziehen, die den Schutz der Inhalte ethischer Politik vor rechtswidrigen und gewaltsamen schweren Eingriffen sicherstellen sollen.

3. Verteidigungspolitik

Oberstes Ziel deutscher Sicherheitspolitik ist es, Sicherheit und Schutz seiner Bürger zu gewährleisten. Dieses Ziel wird sowohl eigenständig als auch gemeinsam mit Partnern verfolgt. Deutsche Sicherheitspolitik ist umfassend angelegt und berücksichtigt ethische, politische, ökonomische, ökologische, gesellschaftliche und kulturelle Bedingungen und Entwicklungen. Sicherheit kann und soll nicht vorrangig militärisch gewährleistet werden; sowohl politische Bereitschaft als auch die Fähigkeit, ethische Politik, Souveränität, Freiheit und Menschenrechte, Stabilität und Sicherheit notfalls auch mit militärischen Mitteln zu verteidigen, sind unverzichtbare Voraussetzungen für die Glaubwürdigkeit eines neuen, umfassenden Ansatzes von Sicherheitspolitik. Konfliktvermeidung im Vorfeld sowie Ursachenforschung erhalten deutlich höhere Stellenwerte. Die gesamte bisherige Militärpolitik ist einer tiefgreifend zu reformieren, da völkerrechtswidrige, gemeinschaftliche und aggressive Abenteuer wie auf dem Balkan, im Irak und in Afghanistan unter derart schlecht definierten Kriterien möglich wurden, dass „Unsicherheitspolitik“ als Begriff eher geeignet erscheint, um den Verlust an Menschenleben und internationaler Reputation, die immense Verschwendung von Ressourcen aller Art und den hohen Schaden für Recht, Sitten und Demokratie angemessen zu beschreiben.

3.1 Internationale Organisationen

Deutschland nutzt seinen Einfluss in allen wichtigen internationalen und supranationalen Organisationen, um ethische Politik, Frieden, fairen und gerechten Interessenausgleich, Zusammenarbeit, Solidarität und Handlungsfähigkeit der Staaten und Völker zu fördern.

3.1.1 NATO: Reformprojekt am Scheideweg

Das Nordatlantische Bündnis hat große Verdienste dabei erworben, die europäischen Streithähne untereinander zu befrieden – unter kaum verhohlener US-Herrschaft. Die bei Gründung ausgegebene Doktrin des ersten Generalsekretärs Lord Ismay, die Nato solle die USA als Führungsmacht in Europa halten, die Sowjetunion draußen und Deutschland unten – erscheint heute wieder gefährlich aktuell. Jedoch hat sich die Nato seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion zusehends von einem defensiven in ein aggressives Bündnis mit wechselnden Teilnehmerkreisen bei Überfallprojekten entwickelt, alle grundlegenden Werte-Definitionen der Satzungspräambel sind praktisch außer Kraft. Der wichtigste und mächtigste Bündnispartner hat sich dabei angewöhnt, mit einer Politik des „Armumdrehens“ einzelne Partner-Regierungen auch zur Mitwirkung zu zwingen oder gar zu erpressen. „Regime Change“ ist auch innerhalb des Bündnisses gelebte Praxis, die Erpressbarkeit des Personals in Nato-Regierungsspitzen inzwischen ein positives Auswahlkriterium. Unter diesen Umständen verknüpft die Nato die Sicherheit Europas seit 25 Jahren mit der globalen Abenteuerlust der USA. Die Solidarität im Bündnis droht jetzt daran zu scheitern, dass die USA intensiv daran arbeiten, ihre europäischen Bündnispartner unter allen Umständen in einen bewaffneten Konflikt mit Russland zu verwickeln. Die NATO besteht seit mehr als 60 Jahren und vereint seit der letzten Erweiterung 28 europäische und nordamerikanische Staaten, die mittelosteuropäischen Mitgliederzuwächse widersprechen Vereinbarungen mit der sowjetischen und russischen Führung.

Dadurch erscheint es nicht nur unmöglich sondern sogar gefährlich, deutsche Truppen innerhalb der Kommandostruktur der Nato zu belassen. Deutschland wird mit einer Regierung der Deutschen Mitte umgehend mit allen Verbündeten freundschaftlich und konstruktiv verhandeln, wie die Nato wieder zum bewährten Vorgehen eines Verteidigungsbündnisses zurückkehren und alle Einsätze außerhalb des Vertragsgebietes vernünftig und schrittweise beenden kann. Sollte darüber nicht binnen zwei Jahren ein Konsens erzielbar sein, wird Deutschland mit einer neuen mehrseitigen Sicherheitsarchitektur ein ebenso friedlicher, wie berechenbar defensiver und freundschaftlicher, natürlicher Sperrriegel gegen Abenteuerpolitik in Europa sein. Krieg gegen Russland, Iran und zahlreiche andere, nachweislich friedliebende, Völker wird mit Deutschland nicht zu machen sein. Im Gegenzug verpflichtet sich Russland, die bisherige Politik des friedlichen Interessenausgleichs beizubehalten.

3.1.2 Europäische Union: Reformprojekt am Scheideweg (2)

Die Europäische Union hat sich aus sinnvollen und positiven Traditionen zu einem Zusammenschluss entwickelt, der mit undemokratischen, weil ungewählten,

Führungsstrukturen inzwischen unter anderem auch „Regime Change“-Aktivitäten in Europa verfolgt und sogar vor gemeinschaftlichen Aggressionen gegen einzelne Nachbarn ebenso wenig zurückschreckt wie vor ausbeuterischer und bevormundender bis unterdrückerischer Politik gegen Mitglieder und Nicht-Mitglieder gleichermaßen. Der wachsende Handlungsspielraum in gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik eilt dabei der notwendigen Demokratisierung der Führungsgremien klar voraus. Das verstärkt den Eindruck, dass bestimmte Regierungen in dieser mangelnden Mitbestimmungsberechtigung der Völker sogar eine gute Gelegenheit sehen, um den völkerverbindenden und ethisch begründeten gemeinschaftlichen europäischen Ansatz zu pervertieren. Sagenhafte Lobby-Erfolge gewohnheitskrimineller Mafia-Kartelle, auch im Verbund mit dem IWF, bis hin zur Patentierung beliebter Nahrungspflanzen für besonders gefährliche nicht-europäische Konzerne, runden das sich rasch verdüsternde Bild der EU ab.

Die Deutsche Mitte tritt an, um gemeinsam mit gleichgesinnten Freunden in Europa die schlimmsten Fehlentscheidungen schnellstmöglich zurückzunehmen, den gefährlichen Trend auf vielen Gebieten bis hin zu grassierender und explodierender Korruption umzukehren und binnen zwei Jahren zu retten was zu retten ist. Sollte sich dies als unmöglich oder größtenteils nicht durchsetzbar erweisen, kann auch eine gewisse deutsche Distanzierung von der Europäischen Union bis hin zu einem EU-Austritt binnen fünf bis zehn Jahren als allerletztes Mittel nicht mehr völlig ausgeschlossen werden.

An der Freundschaft und Verbundenheit der Völker Europas jedoch und deren bewährten Institutionen und Organisationen will die Deutsche Mitte nicht nur unbedingt festhalten so gut dies geht, vielmehr wird sie mit aller Kraft versuchen, deren gute Ansätze und Energie zu nutzen und zu stärken, um Frieden und Einheit Europas auf guter ethischer Grundlage zu festigen.

3.1.2.1 Europäische Militärpolitik

Die gesamte Politik in diesem Rahmen ist mit gleichgesinnten Europäern umgehend neu zu analysieren. Militärische Fähigkeiten in Händen einer entdemokratisierten, volksfernen und korrumpierten EU-Führung stellen offenbar keinen Zuwachs an gemeinsamer Sicherheit dar – sondern mindern diese. Hier wie in der Nato gilt es, in konzertierter Anstrengung so rasch wie möglich zu retten was zu retten ist.

Hohes Gewicht wird auf den sinnvollen Fortbestand der deutsch-französischen Grundlagen gelegt. Ein europäischer Krisenverband darf auf gar keinen Fall ohne genaue Überprüfung und Zustimmung der Länderparlamente in Diensten der Nato stehen, um restlos sicherzustellen dass diese Verbände nicht möglichen künftigen Nato-Abenteuern zum Opfer fallen.

Die europäische Kosovo-Politik hat Mafiaklans europäisch hoffähig gemacht, die heute große Teile der Hamburger Reeperbahn beherrschen und stark prüfbedürftige Verbindungen zur Bundeswehr unterhalten. Die zivile Operation

EULEX ist von Kopf bis Fuß durch nicht korrumpierte Einheiten zu durchleuchten. Die gesamte Afrika-Politik von Nato und EU leidet an der Politik von Staatszersetzung und Terrormanagement, die aus den USA stammt und von den Bündnispartnern übernommen wurde. Hier ist umgehend auf ethische und den afrikanischen Völkern verbundene, langfristig gemeinschaftliche Politik zu setzen, die vom Motiv der Einflussvergrößerung wechselt zu Solidarität und Freundschaft.

Einsätze, die sich angeblich gegen Piraterie richten, jedoch in Tatsache eher der absprache- und rechtswidrigen militärischen Beherrschung internationaler Wasserwege dienen, müssen sofort auf eine neue und global gemeinschaftliche Basis gestellt werden. Keine (seefahrende) Nation darf durch solche Einsätze einseitig bedroht und/oder benachteiligt werden.

3.1.2.2 EU-Militärstrategie und ihre Missionen

„Atalanta“, die maritime Operation am Horn von Afrika, ist dringend neu zu konzipieren, um als Teilkraft auch mit Einheiten von Ländern außerhalb von EU und Nato freundschaftlich zusammenzuarbeiten.

„EUCap Nestor“ ist ebenfalls international zu öffnen – und darüber hinaus auf echte Zusammenarbeit mit den in Frage kommenden Ländern Djibouti, Kenia, die Seychellen und Somalia, umzustellen. Das Gleiche gilt für die Trainingsmission „EUTM Somalia“.

Bei „EUTM Mali“, der Trainingsmission für die malischen Streitkräfte, ist zu bedenken, dass bei gleichzeitigen westlich geführten Terrormanagement-Aktivitäten im Lande ein Schwergewicht auf die Unterbindung dieser illegalen und blutigen Einmischung zu legen ist.

3.1.2.3 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Die Geschichte der EU-Beziehungen in allen Bereichen zeigt eine zunehmende Abhängigkeit von aggressiven Planungen der Lobbyisten, denen die nationalen Regierungen schon zuhause zu wenig entgegensetzen. Im Militärbereich muss wieder eine Verteidigungspolitik eingeführt werden, die den Namen verdient. Dazu sind zunächst alle Entwicklungen völlig neu im Sinne ethischer, friedlicher und global solidarischer Politik zu bewerten, daraus entstehende Vorschläge für eine neue Politik in Ruhe und mit Umsicht den europäischen Freunden zu unterbreiten. Besonders angreifbar erscheint der gesamte Nizza-Prozess, der zu dem in Teilen rechtswidrigen Vertragswerk dieses Namens führte.

Gemäß den Richtlinien der Deutschen Mitte über die Mitbestimmungsrechte der Bevölkerung an grundlegenden vertraglichen Bindungen, muss am Ende der Formulierung einer neuen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik in Deutschland ein Referendum zwingend abgehalten werden. Alle europäischen Freunde und Partner werden in unsere Überlegungen einbezogen, dass wir dieses Vorgehen im Sinne einer tatsächlichen Stärkung der europäischen Verbundenheit auch allen übrigen Freunden und Partnern gern zur Kenntnisnahme im offenen

Erfahrungsaustausch vorlegen. Europa braucht die Zustimmung seiner Völker bei jedem Schritt in die Gemeinsamkeit, die fest gegründet sein muss.

3.1.2.4 Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Sämtliche Missionen in- und außerhalb der EU sind neu zu bewerten und daraus neu zu planen. Davon hängen letztlich auch Zielsetzung, Vorgehensweise und Umfang der weiteren deutschen Mitwirkung ab. Eine gemeinschaftliche Unterdrückungspolitik gegen berechtigte Anliegen der Mitgliedsvölker wird es mit Deutschland ebensowenig geben wie imperialistische Missionen im Ausland. Wichtig ist, den Freunden und Partnern in- und außerhalb Europas Zeit zu geben, sich auf das neue deutsche Vorgehen einzustellen, umfangreich darüber zu informieren und dafür zu werben, um Enttäuschungen oder gar Rückschläge in den Beziehungen auf allen Seiten möglichst zu vermeiden und insgesamt die völkerverbindende europäische Idee langfristig dauerhaft sinnvoll zu stärken.

3.1.3 Vereinte Nationen: weltweit für Solidarität in Freundschaft

Die Vereinten Nationen müssen neu belebt werden als gerechtes und faires solidarisches Instrument aller Völker, um Frieden, Freiheit und sozialen Fortschritt für alle Menschen gleichermaßen zu fördern. Sonderrollen mit Sonderrechten für besonders mächtige Nationen, Bündnisse oder gar Konzernkartelle sind dabei abzulehnen, weil sie zu oft nicht helfen, die vorgenannten Ziele zu erreichen – oder gar stören. In allen VN-Organisationen ist wegen hoher Korruptionsbelastung das Führungspersonal zu durchleuchten.

3.1.3.1 Die Vereinten Nationen: Grundlagen

Diese Neubelebung der Vereinten Nationen muss vor allem auch folgende Punkte enthalten – mit harten Sanktionsfolgen für Regelverletzer:

- Nahrungsmittel: Spekulationsverbot, Patent-Verbot, Reinheit bei der Produktion, Vermeidung von Belastungen aller Art, insbesondere durch industrielle Einwirkungen, Förderung des Regionalprinzips
- nachhaltige Entwicklungen ohne Bevorteilungen für globale Konzern-Kartelle oder mächtige Staaten(gruppen)
- Überwindung des Nord-Süd-Gefälles mit stärkerer Agenda-Setzung und Eckdaten mit Durchführungsfristen
- Heilung bei Pandemien und anderen Krankheiten ohne Beeinflussung durch Pharma-Kartelle. Sämtliche entsprechenden VN-Gremien sind nach den letzten Pandemie-Skandalen personell besonders intensiv zu überprüfen und entsprechend neu zu besetzen.
- Im Kampf gegen Drogenhandel sind solche UN-Mitgliedsstaaten und ihre Aktivitäten besonders zu durchleuchten, die in der Vergangenheit durch

Ausnutzung dieser Kriminalität für eigene politische Zwecke durch Verwicklung ihres Geheimdienst-Apparats aufgefallen sind.

- Besonders im Bereich des Schutzes natürlicher Personen muss es weltweit ein fundamentales Umdenken geben: Schluss mit Lippenbekenntnissen, hin zu Beobachtung des tatsächlichen Verhaltens - und wo nötig: Sanktionen.

Noch immer erkennen einzelne Nationen die Autorität des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag nicht an. Es ist zu bedenken, ob solche Staaten weiterhin dem Internationalen Sicherheitsrat und anderen wichtigen Gremien mit vollem Stimmrecht angehören können und sollten.

Sämtliche VN-Unterorganisationen haben durch eklatante Fälle internationaler Korruption oder einseitige Bevorzugungspolitik ihren Namen beschädigt.

Besonders hervorzuheben sind: UNRWA, Weltgesundheitsorganisation, Weltbank und Weltwährungsfonds.

3.1.3.2 Charta der Vereinten Nationen

Weltfrieden und internationale Sicherheit werden durch große Ungleichgewichte in der Verteilung finanzieller, wirtschaftlicher, militärischer und politischer Macht zunehmend beeinträchtigt. Besonders die US-geführte Nato hat zu diesen Problemen beigetragen, dies ist sofort zu bessern.

Regionale Abmachungen dürfen (regionale) Ungerechtigkeiten weder verlängern noch verschärfen – dies gilt insbesondere auch für die Sondervereinbarungen mit der Nato von 2008.

Der grundlegende Wandel im Erscheinungsbild von Konflikten ist auch vom Wandel in der Kriegsführung globaler Machthaber geprägt. Hier muss die UNO zunehmend der wachsenden Zahl von Zerstörungen ganzer nationaler Verwaltungen entgegenwirken, die in der Wirkung zumeist verheerender sind als einzelne Fehlleistungen bestehender Verwaltungen, denen selbstverständlich ebenfalls weiterhin entgegengewirkt werden muss.

3.1.3.3 Deutschlands Position zu den Vereinten Nationen

Deutschland könnte bei der anstehenden Erneuerung der VN eine Rolle spielen, wichtigstes Thema bleibt die schrittweise und allseits abgesprochene Neu-Ausrichtung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik an ethischen Grundsätzen. Diese Erneuerung müsste vor allem die Interessen derjenigen Mitglieder widerspiegeln, die bisher nicht angemessen zum Zuge gekommen sind. Die Einbindung Deutschlands in VN-Operationen und –Programme soll dabei nicht unbedingt vermindert oder verringert werden, jedoch ist im Einzelfall die genaue Zielsetzung und Ausrichtung neu zu bewerten.

In diesem Sinne erhält Deutschland seine Bemühungen aufrecht, einen ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat zu erhalten. Unter Umständen könnte Deutschland auch eine Aufnahme Indiens in den VN-Sicherheitsrat unterstützen.

3.1.3.4 Deutschlands militärischer Beitrag

UNIFIL: Hier ist genau zu überprüfen, inwieweit die Praxis der Mission noch die ursprüngliche Zielsetzung erfüllt – oder jemals erfüllt hat. Eine Nutzung des VN-Rahmens zur Absicherung völkerrechtswidriger Politik Israels oder anderer VN-Mitglieder ist mit Deutschland nicht zu machen.

UNAMID/UNMISS: Beide Missionen sind neu zu bewerten. Es ist der Eindruck entstanden, dass aus rohstoffpolitischen Gründen eine Vereinnahmung von VN-Kompetenzen erfolgt ist. Dies muss dringend im Sinne der vor Ort von Gewalttätigkeiten betroffenen Menschen überprüft werden.

MINUSMA: Diese Mission ist von einer besonderen Verwicklung ihrer Nato-Unterstützer in Terrormanagement in Afrika zugunsten einer stärkeren regionalen Kontrolle durch diese Kräfte betroffen. Deshalb ist die deutsche Beteiligung im Einvernehmen mit Partnern und Betroffenen neu zu bewerten und auszurichten.

MINURSO: Die deutsche Mission wird beibehalten. Grundsätzlich ist zu prüfen, ob eine Begrünung des Gebietes mit verfügbaren neuen Methoden einen positiven Beitrag zur Lösung der anstehenden Sicherheitsfragen leisten könnte. Sodann könnte Deutschland in einem besonderen Beitrag den Einsatz dieser Methoden in Absprache mit allen Betroffenen stärken.

UNAMA: Eine der erfolglosesten VN-Missionen muss dringend neu bewertet und ausgerichtet werden. Die berechtigten Bedürfnisse der afghanischen Zivilbevölkerung müssen dabei im Vordergrund stehen.

Ausbildung: Deutschland verstärkt seine Ausbildungsaktivitäten und erweitert sie insbesondere nach ethischen Gesichtspunkten.

3.1.4 OSZE als stabilisierenden Faktor beleben und vielseitig stärken

Die einseitige Ausrichtung der OSZE an westlichen Interessen hat dazu beigetragen, das Konfliktpotenzial in Mitteleuropa gefährlich anwachsen zu lassen. Hier sind sofort gemeinschaftliche Wege wichtig, um diesen gefährlichen Trend umzukehren. Deutschland könnte dabei eine besondere Rolle übernehmen.

3.1.4.1 Die OSZE: Grundlagen

Die drei Dimensionen des Sicherheitsbegriffs:

- politisch-militärisch
- wirtschaftlich-ökologisch
- menschlich

sind auf Grundlage ethischer und gemeinschaftlicher Prinzipien neu zu bewerten. Sicherheit entsteht vor allem auf der Grundlage ethischer und solidarischer Politik. Aus Europa muss wieder ein grundsätzlich friedlicher internationaler Ansatz in alle angeschlossenen und beteiligten Länder sowie deren Nachbarschaft ausstrahlen. Gegenläufige Interessen sind zu erforschen, klar zu benennen und gemeinschaftlich einzudämmen.

Dabei ist die Privatwirtschaft in die Pflicht zu nehmen – und übermäßige Machtausübung im politischen und gesellschaftlichen Raum zu unterbinden. Insgesamt wäre erfreulich, wenn die hehren Prinzipien der OSZE wieder stärker mit tatsächlichem praktischem Leben erfüllt würden.

3.1.4.2 Organe, Institutionen und Instrumente der OSZE

In der Übersicht der OSZ-Organen zeigt sich, dass wertvolle Ansätze vorhanden, jedoch offenbar unterfinanziert und schlecht in die tatsächliche Außen- und Sicherheitspolitik einzelner Mitgliedsstaaten eingebunden sind. Dies ist gemeinschaftlich abgesprachen zu verbessern und für Deutschland nach ethischen und solidarischen Gesichtspunkten im Sinne der Menschen neu auszurichten.

Unabhängige Institutionen sind zur Zeit derart auf einzelne Mitgliedsstaaten verteilt, dass im Fall Ukraine und dem „Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte“ mit Sitz in Warschau direkte Gegensätze zur aktuellen polnischen Politik entstehen müssen. Derartige Fälle sind aufzuarbeiten. Es kann nicht sein, dass OSZE-Mitglieder in völkerrechtswidrige Eingriffe in die inneren Angelegenheiten anderer Mitgliedsstaaten oder gar kriegerische Entwicklungen dort verwickelt sind – und gleichzeitig aktive OSZE-Mitglieder. Hier müssen rechtliche Bindungswirkung und Ahndungsmöglichkeiten geschaffen werden. Insbesondere die Politik der USA in den letzten beiden Jahrzehnten lässt ein genuines Interesse an positiver europäischer Entwicklung nicht vermuten.

3.1.4.3 Deutschland in der OSZE

Deutschland wird seine starke Beteiligung an der OSZE womöglich ausbauen. Die OSZE ist insgesamt zu stärken, vor allem durch ethische Ausrichtung für Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität sowie eine Tagespolitik, die den ursprünglichen Absichten der KSZE wieder stärkeres Gewicht verleiht.

Dass die OSZE praktisch hilflos zuschaut, wie sich in Europa ein dritter Weltkrieg unter Mitgliedsländern anbahnt, hauptsächlich wegen der aggressiven Politik einer Gruppe von Mitgliedsstaaten, ist nicht länger akzeptabel.

3.1.4.4 Von der KSZE zur OSZE

Die von der US-geführten Nato betriebene Zerschlagung Jugoslawiens und die nachfolgende regionale Politik unter kaum verschleierter Einbeziehung örtlicher

krimineller Organisationen stellt einen Geburtsfehler der OSZE dar. Deutschland wird anstreben, dass die Verbrechen dieser Zeit aufgeklärt werden, um anschließend durch gemeinschaftliche Schritte auszuschließen, dass sich derartige Dinge in Europa jemals wiederholen.

3.2 Die neue Bundeswehr

Die Bundeswehr wird sich von einer Armee in zum Teil rechtswidrigen oder rechtlich und politisch angreifbaren internationalen Einsätzen, immer wieder durch rechtswidrige Umgehungspraxis auch außerhalb der vorgesehenen demokratischen Kontrollen, wieder zu einer Verteidigungsarmee wandeln. Ihre guten ethischen Traditionen werden wiederbelebt und bestärkt. Kein Volk weltweit soll die deutsche Bundeswehr fürchten. Alle aggressiven Regierungen weltweit sollen durch soldatischen Geist und Ausrüstungsstärke der Bundeswehr sowie der sie tragenden deutschen Bevölkerung wirksam abgeschreckt werden, allein oder gemeinschaftlich Angriffe auf Deutschland auch nur zu planen oder in politische Planungen einzubeziehen.

Entsprechend legt die Bundeswehr Wert darauf, freundschaftlich verbundene Völker und deren legitime Regierungen durch Ausbildungshilfe und andere Leistungen im Rahmen der neuen deutschen Außenpolitik in ethisch und rechtlich einwandfreier Weise zu unterstützen. Niemals darf diese Unterstützung die legitimen Rechte dritter Völker beeinträchtigen.

Das „Weißbuch“ muss vollständig revidiert und neu verfasst werden.

3.2.1 Auftrag und Aufgaben

Die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der Bundeswehr müssen vollständig neu gefasst und der neuen ethischen, gerechten und solidarischen Außen- und Verteidigungspolitik Deutschland angepasst werden.

3.2.1.1 Auftrag der Bundeswehr

Die Bundeswehr

- schützt Deutschland und seine Bürgerinnen und Bürger,
- sichert das Territorium Deutschlands,
- trägt zur Verteidigung der Verbündeten bei, soweit diese nicht in Einsätze außerhalb des Bündnisbereichs verwickelt sind,
- beteiligt sich an VN-genehmigten Einsätzen außerhalb des Bündnisgebietes, soweit dadurch nicht die legitimen Rechte anderer Völker verletzt oder diese einseitig benachteiligt werden,

- leistet einen Beitrag zur Partnerschaft im internationalen Rahmen und fördert die multinationale Zusammenarbeit und europäische Integration, soweit dadurch nicht die legitimen Rechte anderer Völker verletzt oder diese einseitig benachteiligt werden.

3.2.1.2 Aufgaben der Bundeswehr

Vor diesem Hintergrund nimmt die Bundeswehr folgende ineinandergreifende Aufgaben wahr:

- Landesverteidigung, auch im Rahmen des der Nordatlantischen Allianz
- im Rahmen genehmigter VN-Einsätze: internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung – einschließlich des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus,
- Beteiligung an militärischen Aufgaben im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU,
- Amtshilfe in Fällen von Naturkatastrophen und schweren Unglücksfällen, Schutz kritischer Infrastruktur,
- Rettung und Evakuierung sowie Geiselnbefreiung im Ausland,
- Partnerschaft und Kooperation als Teil einer multinationalen Integration und globalen Sicherheitszusammenarbeit im VN-Rahmen
- humanitäre Hilfe im Ausland

3.2.2 Die Neuausrichtung der Bundeswehr

Mit der Neuausrichtung wird die Bundeswehr konsequent auf die neue ethisch ausgerichtete Politik des Friedens, der Gerechtigkeit und der nationalen und internationalen Solidarität im veränderten sicherheitspolitischen Umfeld zu Beginn des 21. Jahrhunderts ausgerichtet. Ihre Strukturen helfen, ziviles Engagement aller Bürger für das demokratische Gemeinwesen Deutschland vor Missbrauch durch global ausgerichtete Machtstrukturen zu sichern.

3.2.2.1 Evaluierung der Bundeswehr

Als lernende Organisation entwickelt sich die Bundeswehr ständig weiter, künftig vor allem im Sinne der neuen ethischen Politik. Hierbei werden künftig in der Bundeswehrrführung ebenso wie bei den Soldaten Themenfelder gemeinsam bestimmt und bearbeitet.

Nach einer Phase der Verunsicherung durch problematische und in der Folge umstrittene Auslandseinsätze und die plötzlich erfolgte Umstellung auf eine Freiwilligen-Armee soll die Bundeswehr sich nun wieder fest und vertrauensvoll in die umgebende Bevölkerung integrieren und Frieden in Gerechtigkeit und Solidarität als unumstößlichen Grundsatz soldatischen Handelns auch der Bundeswehrrführung zusammen mit Verteidigungsministerium und Bundesregierung in tägliches Handeln einbringen.

Sinnvolle Errungenschaften der Bundeswehr werden dabei selbstverständlich übernommen, soweit sie den neuen Zielsetzungen nicht entgegenstehen. Auch die Leiter aller Führungsebenen evaluieren grundsätzlich in ihrem eigenen Verantwortungsbereich die Prozesse und Strukturen. Dadurch bringt auch deren Analyse und Expertise Veränderungen für die Bundeswehr mit sich.

3.2.2.2 Prozessmanagement in der Bundeswehr

Moderne Management-Methoden sind in der Bundeswehr notwendig und können und dürfen trotzdem nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bundeswehr keine „Sicherheitsfirma“ ist und werden darf. Immerhin sind in der Bundeswehr einige Lücken in der Führung auf allen Ebenen zweifellos vorhanden, die jedoch auch der chronischen Mittelknappheit und ständigen Einsatz-Beanspruchung der Truppe zu danken sind, zwei Punkte, die bei Planung und Beschaffung der derzeitigen Bewaffnung in diesem Umfang nicht feststanden.

Kein Prozessmanagement kann abdecken, dass die Bundeswehr durch politisch Verantwortliche zunehmend in umstrittene Abenteuer verwickelt wird, die mit ihren positiven Prinzipien, zum Beispiel der ebenso wertvollen wie bewährten Inneren Führung, nicht immer kompatibel sind.

3.2.2.3 Prozess der Evaluierung

Die Bundeswehr muss so rasch wie möglich wieder politisch besser unterstützt werden, damit die angestoßenen Reformen ihren ursprünglich friedlichen und defensiv-kooperativen „Geist“ nicht beschädigen, denn dieser bildet nicht nur das Rückgrat der Truppe, sondern auch das des Friedens in Europa und darüber hinaus.

3.2.2.4 Führungs- und Organisationskultur

Hier ist eine Neubesinnung auf eine Armee für ethische Politik, für friedensorientierte und defensive Außen- und Verteidigungspolitik dringend notwendig. Diese neue Orientierung wird den notwendigen Kulturwandel in der Truppe herbeiführen helfen, der aktuelle Streitfelder beruhigt und den Soldaten hilft, den hohen Anforderungen ihrer Tätigkeit in der völligen Sicherheit gerecht zu werden, dass sie Deutschland, Europa, den Verbündeten und der Welt nicht in Tatsache einen blutigen Bärenienst erweisen. Nur auf dieser Grundlage lassen sich Führungs- und Organisationskultur angemessen und einvernehmlich neu ausrichten.

3.2.3 Innere Führung

Das Prinzip der Inneren Führung ist in der Bundeswehr ein immer noch starkes und weltweit hervorragendes Rüstzeug für eine ethisch fundierte Armee. In Zeiten, in denen zunehmend aggressive politische Strategien immer öfter nach globaler militärischer Durchsetzung rufen, bei gleichzeitig ausufernder Differenz zwischen öffentlichen und dienstlichen Informationen, wird das persönliche Selbstverständnis jedes Soldaten zunehmend härter auf den Prüfstand gestellt. Vor diesem Hintergrund ist die „Innere Führung“ das wichtigste Innovationsrüstzeug des modernen Soldaten auf dem Weg in eine friedlichere Welt, in der nicht mehr Rohstoffkämpfe und regionale, globale oder gar Machtstrategien im Inland den tatsächlichen Einsatzgedanken prägen, sondern das gerechte und solidarische Miteinander der Menschen und Völker auf der Grundlage einer lebendig von den Bürgern häufig und entscheidend mitbestimmten friedensorientierten Politik freier und souveräner Nationen.

3.2.4 Die Bundeswehr aus ihrer Geschichte verstehen

Vergessen sind heute die hehren Worte, mit der die kriegsgeschädigte und weithin kriegsunwillige Bevölkerung 1956 dazu gebracht wurde, die Aufstellung einer neuen deutschen Armee zu akzeptieren. Von dort bis zur angeblichen „Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“ war ein sehr weiter Weg – zu weit für die Mehrheit der Deutschen. Offizielle Formulierungen zum „Kampf für den Frieden“ oder „Freiheit“ oder gar „Demokratie“ haben die gesellschaftliche Toleranz für Verlogenheit offiziöser politischer Erklärungen arg strapaziert. Heute muss wieder Allgemeingut werden, dass Verteidigung zuhause im eigenen Land stattfindet, auch mit Verbündeten – und Sicherheit bei Auslandseinsätzen nicht in abgegrenzten Bündnissen erreicht werden kann und soll, sondern in der gleichberechtigten Gemeinschaft aller Völker: friedlich, gerecht und solidarisch.

3.3 Frieden als Herausforderung ethischer Politik

Wer Bedrohungen dort bekämpfen will, wo sie entstehen, läuft Gefahr, Soldaten im Vollzug geheimdienstlich organisierter und rein machtpolitisch ausgerichteter Szenarien zu missbrauchen. Derartige Betrugspolitik gefährdet neben der äußeren Sicherheit den inneren Zusammenhalt von Nationen und beschädigt zwangsläufig jede gerechte, demokratische und solidarische Innenpolitik.

3.3.1 Vernetzte Unsicherheit durch Politik des Breitband-Betrugs

Die bisherige Sicherheitspolitik schafft tatsächlich vor allem wachsende globale und nationale Unsicherheit: Gesellschaftliche, ökonomische, ökologische und

kulturelle Einflussfaktoren werden missbraucht, um eine vormilitärische Feldsicherung aggressiver Planungen auch im Inland durchzuziehen. Diese Politik wird nicht nur nicht fortgesetzt, sie wird grundsätzlich verändert, um ein ethisches, gerechtes und solidarisches Miteinander aller Völker zu bestärken, die entsprechende Sinnhaftigkeit in jedem Bereich wiederherzustellen, zu stärken und weiterzuentwickeln – und dabei wirksame Maßnahmen einzusetzen, um künftigen Missbrauch sicher verhindern zu helfen.

3.3.2 Einsatz im Auftrag des Parlaments – und unter Kontrolle

Die deutsche Bundeswehr beteiligt sich derzeit an zahlreichen Einsätzen im Ausland, vom Balkan über das Horn von Afrika bis nach Afghanistan. Jeder dieser Einsätze steht heute in der Kritik, häufig werden erhebliche Mängel festgestellt. Jeder bisherige Einsatz wird deshalb von Grund auf untersucht, Parlament und Bevölkerung über die Ergebnisse ausführlich Bericht erstattet – und anschließend über jeden einzelnen Einsatz neu Beschluss gefasst, gegebenenfalls im Rahmen eines Volksentscheids.

Dass die Bundeswehr bereits intern in voller Vorbereitung eines Einsatzes steht, bevor das Parlament überhaupt einen Termin zur Abstimmung darüber erhalten hat, ist eine rechts- und demokratiefeindliche Praxis, die nicht fortgesetzt wird. Hinzu kommen zahlreiche kleinere Kommandounternehmen, teilweise mit grob rechtswidriger Zielsetzung, die von betrügerisch mit Hilfe von Vorgesetzten umgeflaggten Bundeswehrsoldaten wahrgenommen werden, oft unter US-Kommando. Diese Praxis wird künftig schwer bestraft, zurückliegende Einsätze werden aufgearbeitet. Über diesen Komplex wird unter Wahrung der Rechtsgrundsätze, Berücksichtigung damaliger Lagebeurteilungen und kameradschaftlichem Umgang mit den Soldaten entschieden werden.

Aus Sicht der Deutschen Mitte stellt diese Praxis eine Nahtstelle zwischen Bündnisverpflichtung, Freundschaft und Komplizentum dar. Hier wird sich erweisen, ob deutsche Politik die Souveränität Deutschlands gewährleisten kann – oder nicht; es besteht eine gefährliche Nähe zum Hochverrat, ein Tatbestand, dessen Aufhebung oder Streichung aus dem Rechtsgut als Vorbereitung zur Begehung von Straftaten gewertet wird.

Das Parlamentsbeteiligungsgesetz ist daher grundlegend neu zu gestalten. Jeder Einsatz muss „Exit-Strategien“ enthalten, konkrete Vorgehensweisen, um einen Rückzug aus einem Einsatz durchzuführen. Es kann nicht sein, dass sinnlose und mehrfach rechtswidrige Einsätze wie auf dem Balkan oder in Afghanistan sich über Jahre ausweiten, bis friedliche Lösungswege regelrecht ausgeschlagen werden.

Artikel 24 Absatz 2 des Grundgesetzes soll, notfalls im Wege einer Volksabstimmung so geändert werden, dass im Wege von Bündnisverpflichtungen welcher Art auch immer beschränkte Hoheitsrechte wieder geltend gemacht werden können, sobald Rechtsverstöße vorliegen, die durch diese Beschränkungen erst ermöglicht wurden.

3.4 Terrorpolitik und Gefahrenabwehr

Die derzeitig Nato-weit übliche Terrormanagement-Politik zum Schaden von Bündnispartnern, anderen Völkern und Nato-Bevölkerungen wird nicht nur nicht fortgesetzt, sie wird sofort umfassend gestoppt, tatsächlich neutral untersucht – und notfalls mit Sofortmaßnahmen unschädlich gemacht. Alle Beteiligten müssen mit hohen Strafen rechnen. Einbürgerungen werden widerrufen. Verfahren und behördliche Maßnahmen werden mit der Zeit und den Mitteln der Entnazifizierung verglichen werden. Nicht nur muslimischen Glaubensangehörigen weltweit wurde hohes Leid zugefügt, vielmehr wurden ganze Völker wie in Afghanistan, Libyen, Syrien und Irak schwer beeinträchtigt. Die nachhaltige Beendigung der Terrormanagementphase internationaler Nato-Politik wird sehr hohe Priorität erhalten. Es sind erhebliche Folgeherausforderungen und -schäden einzukalkulieren und entsprechende Verteidigungs- und andere Lösungen in anderen Ministerialressorts und Behörden zu erarbeiten. Insoweit Deutschland hier eine Vorreiter- und Führungsrolle übernimmt, werden eventuelle Wiedergutmachungsforderungen zumeist abgelehnt oder eng begrenzt werden. Zur Erreichung aller neu zu fassenden Ziele wird eine vielseitige Eng-Verzahnung der Bundeswehr mit dem Bundesnachrichtendienst angestrebt. Mittelfristig wird es BND-eigene Kommandotruppen geben, die als hoch mobile Elite-Einheiten aufgebaut werden.

3.5 Rüstungskontrolle

In der Rüstungskontrolle vergangener Jahrzehnte wurden erhebliche Fortschritte erzielt. Dem stehen erhebliche Rückschritte in der internationalen Sicherheit aus der jüngsten Zeit gegenüber, etwa beim europäischen Raketenschild, die vor allem durch das aggressive Vorgehen der Nato seit dem Niedergang der Sowjetunion verursacht sind. Diese Rückschritte bedrohen bereits heute Teile der früher gewonnenen Fortschritte. Hinzu kommen jedoch erhebliche Zusatzfähigkeiten im brandgefährlichen Geoengineering sowie bei biologischen und anderen Waffen, die zumeist in den Bevölkerungen gar nicht oder kaum bekannt sind und in den Parlamenten ebenfalls wenig. Hier muss dringend nachgearbeitet werden. Wichtiges Betätigungsfeld ist dabei die offensichtliche und erwiesene Bereitschaft westlicher Geheimdienste, Terroristen mit Massenvernichtungswaffen auszurüsten – wie in Syrien. Hier ist die globale Völkergemeinschaft gefragt, vor allem den USA und Israel, das als große regionale Atommacht nicht einmal den Atomwaffensperrvertrag unterschrieben hat wie der Iran, endlich einen Riegel vorzuschieben, bevor es zu spät ist. Deutschland wird sich daran angemessen und konstruktiv beteiligen. Deutschland wird seine Truppen angemessen und gut kommuniziert verstärken.

3.7 Weltweite Ächtung von Uranwaffen

Uranwaffen aller Art erfüllen sämtliche Kriterien, die ihre weltweite Ächtung erzwingen müssten. Diese Ächtung wird deshalb von einer DM-geführten Bundesregierung wegen der schweren Schäden am Erbgut von Lebewesen mit hohem Aufwand weltweit gefördert. Firmen, deren Uranmaterial in der Rüstungsindustrie verwendet wird, müssen mit zunehmend härteren Sanktionen rechnen. Verbündete und befreundete Staaten, die Uranwaffen vorhalten und/oder anwenden, werden besonders intensiv angesprochen.

3.8 Geoengineering

Weltweit gibt es mehr oder weniger geheime Pläne und Fähigkeiten, den „Globus als Waffe“ einzusetzen. Sprühaktionen aus der Luft und die auch damit verbundenen HAARP-Systeme sind nur die bekanntesten dieser Projekte. Hier ist zunächst zu evaluieren, welche Fähigkeiten in welchen Händen liegen – und welche Fähigkeiten Deutschland erwerben und zur Verteidigung gegen die globalen Einsätze derartiger Biowaffen einsatzfähig vorhalten oder verbessern sollte. Entscheidend ist, dass eine weltweite Ächtung rechtzeitig und auch durch globale Information organisiert wird, bevor Planet und Bevölkerung durch Einsatz dieser Waffen größeren Schaden nehmen.

Im Fall der bisherigen inländischen Sprühaktionen ist eine umfangreiche und tatsächlich unabhängige Expertenkommission einzuberufen, die alle Hinweise detailliert überprüft und auswertet. Kriminelles Verhalten wird ohne Ansehen beteiligter Personen oder Institutionen schwer bestraft. Der Staat haftet für alle mit Staatshilfe oder –(mit)verschulden durchgeführten Programme und wird entsprechende Gesundheitsaktionen ins Leben rufen und unterstützen, die unschädliche Ausleitungsmethoden gegen verwendete und weitere geplante Gifte oder Zellmanipulationen im gesamten Lebensbereich erfolgreich nutzen. Wichtig hierbei ist stets die umfassende und rückhaltlos offene Information der Bevölkerung.

Die bereits eingetretenen Schäden an Ozonschicht und Natur können heilende Methoden und neueste Erkenntnisse der Quanten-, Orgon- und –Wirbelphysik lindern helfen.
